

Nein zum Krieg! – Ja zur Solidarität mit Geflüchteten! Anti-Kriegsbewegungen weltweit unterstützen – Friedens- und Sicherheitspolitik international in Einklang bringen

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine führt der Welt erneut vor Augen, dass Krieg niemals ein Mittel zur Bewältigung politischer Konflikte sein darf. Die Auseinandersetzung um Ressourcen, Einflussphären und schlichtweg um den Boden anderer Länder führt zur Vertreibung der Bevölkerung und der Zerstörung von ziviler Infrastruktur eines Landes, bis hin zu weltweiten Bedrohungslagen, wie Hungersnöten, Rohstoffknappheit, Umweltzerstörung und an den Abgrund eines Atomkrieges. Dabei steht nichts weniger auf dem Spiel als die Zukunft allen Lebens auf dem Planeten, die Zukunft unserer Kinder.

Die Waffen nieder - Solidarität mit den Menschen in der Ukraine – stoppt den Angriffskrieg!

In Europa herrscht mit dem Angriffskrieg in der Ukraine seit dem 24. Februar wieder ein heißer Krieg, der unfassbares Leid für die Zivilbevölkerung eines souveränen Landes mit sich bringt. Es ist dringend notwendig, dass wir als Kriegsgegner:innen unsere Stimme erheben, um den Druck auf die internationale Gemeinschaft zu erhöhen, damit der russischen Machthaber zu einem Abzug seiner Truppen bewegt wird und somit ernsthaft an den Verhandlungstisch zurückkehrt. Erst dann ist die Grundlage für eine langfristige Sicherheits- und Friedenspolitik wieder gegeben.

Schutz und sichere Fluchtwege für politisch Verfolgte und Deserteure aus Russland

Zahlreiche Menschen in Russland sagen „Nein zum Krieg“ - sie demonstrieren unter Androhung hoher Haftstrafen für ein Ende des Krieges. Dabei sind es vor allem Menschen, die selbst Kriege durchlebt haben, oder in ihrer Familie über Verlust und Entbehrung zu berichten wissen, die mit dem II. Weltkrieg einhergingen, aber auch eine ganze Generation junger Menschen, die sich dem Kriegstreiben aus Sorge um ihre Zukunft entgegenstellen.

Eskalationsspirale und weltweite Kriegsführung verhindern – Klimaschutz und sozialen Frieden wahren

Die NATO-Staaten sind als Verteidigungsbündnis in der Pflicht für eine Deeskalation zu sorgen. Ein weiteres, weltweites Wettrüsten muss durch internationale Verträge verhindert werden. Die Logik der Abschreckungspolitik bildet zwar unmittelbare Sicherheitsinteressen ab, kann aber nicht zu einer langfristigen Friedenssicherung beitragen, oder kriegerische Auseinandersetzungen verhindern. Vielmehr braucht es vor dem Hintergrund des Klimanotstandes mehr internationale Kooperation sowie Zukunftsinvestitionen zur Absicherung einer sozial gerechten Klima- und Umweltschutzpolitik auf Basis erneuerbarer Energien.

Solidarität und Humanität braucht Zusammenhalt statt Spaltung

Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die von Krieg, Vertreibung und politischer Verfolgung bedroht sind. Die humanitäre Aufnahme von Menschen auf der Flucht, ungeachtet ihrer Herkunft und Religion birgt zwar eine große Herausforderung, aber unabwendbar?. Denn die Missachtung von Asyl als Menschenrecht bringt nicht nur die Betroffenen in Lebensgefahr, sie sorgt auch für eine Entmenschlichung unserer Gesellschaft, und einer Akzeptanz rassistischer Einstellungen.

Für eine solidarische Friedensbewegung

Militärische Aufrüstung vermeiden, Spannungen und Konflikte abbauen, Rassismus und Abschiebungen bekämpfen, gegenseitiges Vertrauen neu aufbauen – das schafft Perspektiven für Entwicklung und soziale und globale Sicherheit. Unser Ziel ist es einen sicherheits- und friedenspolitischen Dialog zu ermöglichen, und in die Gesellschaft zu wirken, um die Ostermärsche zu einem Ort für Verständigung, Humanität und Zivilcourage – und vor allem zu einer Aktion gegen

den Krieg in der Ukraine und alle anderen kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt zu machen.

Die Friedensbewegung fordert:

- Rückkehr an den Verhandlungstisch, keine völkerrechtswidrigen Angriffskriege auf Kosten unserer Zukunft, Waffenstillstand jetzt und überall.
- Abrüsten statt Aufrüsten, Frieden und Kooperation, das geht nur mit einer klaren Unterstützung für zivile Strukturen und internationaler Zusammenarbeit.
- Rüstungsexporte machen die Welt unsicherer und eskalieren Konflikte, bewaffnete Drohnen und Atomwaffen müssen abgeschafft werden, die Bundeswehr muss die Auslandseinsätze, die nichts mit der Landesverteidigung zu tun haben, beenden.
- Statt Kriegspropaganda und Militarisierung fordern wir Zukunftsinvestitionen für eine internationale, gemeinsame Sicherheits- und Friedensordnung, und eine Sicherheitskonferenz auf europäischer Ebene.